

# Saale-Zeitung.

Zwanzigvierteljahriger Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 gebotene Kolonialliste oder deren Raum mit 30 Pfg., welche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in untern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Wenn die Zeit 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mtl.

Ercheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck-Geschäftsstelle: Halle, E. Weinhausstraße 17; Neuenbürgerstraße: Markt 24.

Bezugspreis

fr. Halle vierteljährlich bei postmöglicher Aufstellung 2.50 M., durch die Post 3.25 M., auswärts halbjährlich 6 M., Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Redaktions- und Druck-Angebote: „Saale-Zeitung“ gefälligst.

Berlinverleger der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 170; der Annoncen-Expeditionen Nr. 1133.

Nr. 286.

Halle a. S., Mittwoch, den 21. Juni.

1911.

## Die „ewigen, günstigen Vergleiche“.

Herr Frähdorff hat im vergangenen Jahre auf den Vorhakt, warum die Sozialdemokratie die internationalen Sozialistenkongresse eigentlich nicht benutze, um die „Genossen“ ausländischer Industriestaaten zur Erlangung einer Deutschland ebenbürtigen Sozialgesetzgebung anzufeuern, in einer Radeberger Volksversammlung die Antwort gegeben, daß er solche Aufforderungen schon wiederholt erlassen habe, — vor allem, damit die (der deutschen Sozialdemokratie höchst unbequemen) „ewigen günstigen Vergleiche mit diesen ausländischen Staaten ausgehalten werden könnten“. Als jetzt Lloyd George den ersten englischen Arbeiterversicherungsentwurf (Kranken- und Invaliden-, sowie Arbeitslosenversicherung) einbrachte, schien die von Herrn Frähdorff herbeigesehnte Zeit gekommen: die britische Nationalversicherungsvorlage wurde, bevor ihr Studium hier zu Lande noch möglich war, sowohl in einem Teil der bürgerlichen, wie auch in der sozialdemokratischen Presse als eine soziale Tat gepriesen, die alles in Deutschland Gesehene in die Schatten stellte. Mit den für uns vorteilhaften Vergleichen schien es um so mehr vorbei, als bekanntlich auch Prof. Harnack auf dem evangelisch-sozialen Kongreß von unserer A.R.D. trotz ihrer großen, neuen Errungenschaften eine höchst abfällige Kritik übte, um dafür die einfache und großzügige Vorkriegszeit der — englischen Versicherungsgebung zu rühmen und zu betonen, dort sei das Vertrauen zu den Arbeitern größer als bei uns. In der Presse ist nun bereits festgestellt worden, daß diesen sozialpolitischen Urteil Professor Harnacks die Autorität, die man dem großen Theologen bereitwillig einräumt, nicht innewohnt, weil er sich z. B. über wesentliche Punkte der A.R.D. völlig falsch unterrichtet zeigte. Er schien von der Annahme auszugehen, der Reichstag habe die Grenze für die Altersrente vom 65. auf 70. Jahr heraufgesetzt und den fälschlichen Wöchnerinnenzuschuß eingeschränkt, während die Dinge bekanntlich so liegen, daß nur dem Begehren auf Herabsetzung der bisherigen Altersgrenze vom 70. auf 65. Jahr nicht stattgegeben und daß für das Land jetzt überhaupt erst ein Wöchnerinnenzuschuß eingeführt wurde; aus triftigen Gründen freilich nicht in dem Grade wie bei den Fabrikarbeitern.

Ob Professor Harnack bei Kenntnis dieser Sachlage mit dem Lobe der englischen auf Kosten der deutschen Arbeitergesetzgebung nicht zurückgehalten hätte, wissen wir nicht. Ob eine Sozialfürsorge, die nach der soeben erfolgten Mehrheitsabstimmung mit 135 Millionen jährlich insgesamt eine Milliarde erfordert, im ganzen (und auch ohne Vergleich mit den spätkrieglichen Anfängen der englischen Sozialpolitik) das Kriterium „fiskalischer Kleinmisset“ verdient, kann ja überhaupt dahingestellt bleiben. Sollte aber die englische Kranken- und Invalidenversicherung — welche doch um drei Jahrzehnte hinter der Deutschen hinterherhinkt und der außerdem die deutsche Hinterbliebenenversicherung fehlt — in ihrer endgültigen Fassung wirklich mehr leisten, als die entsprechenden Versicherungsweise bei uns, so bestände deshalb unseres Erachtens noch kein Anlaß, den überlegenen Sozialfall der Briten zu rühmen. Sie haben Zeit genug gehabt, uns das Richtige abzugucken, und mögen das weniger Richtige vielleicht vermieden haben, — doch zögiger wird vor der Geschichte immer das Beispiel des Deutschen Reiches dastehen, das Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung im Zeitraum eines Jahrzehnts als erstes Volk der Welt schuf, die gewaltigen sozialen Lasten auf sich nahm und dennoch dem englischen Handelsgeist ein immer gefährlicherer Rivale wurde.

Wir halten also die Zeit der „ewigen günstigen Vergleiche“ noch längst nicht für vergangen. Und siehe da: die Sozialdemokratie, so sehr sie diese günstigen Vergleiche verwünscht, muß jetzt ebenfalls zugeben, daß Deutschland durch die Bill des Herrn Lloyd George durchaus nicht in den Schatten gestellt sei. Die „Leipz. Volksztg.“ räumt ein, zuerst habe der Entwurf des Staatskanzlers auf sie den Eindruck eines „erhofften Reformwerts“ gemacht, welches die ähnlichen deutschen Gesetze übertriffe; jetzt aber, wo ihr der Text vorliege, erweise sich der Reformentwurf als ein „Schwindelprojekt“. Das sei gar kein Versicherungsgebot, sondern ein Projekt zur Unterfütterung der Friendly Societies und zur Spaltung der Arbeiterklasse. Es wird dann dargelegt, daß die Versicherungen in zwei Klassen fallen, daß der Staat aber auch der begünstigten dieser Klassen, den Friendly Societies, die Versicherungsgelder nicht einmal garantiere, daß nur eine Minderheit in den Genuß der Sozialfürsorge gelange, während 80 v. H. des Proletariats das Nachsehen hätten usw. Nun sind wir die letzten, eine sozialdemokratische Kritik bürgerlicher Arbeitergehalte auf Treu und Glauben hinzunehmen. Aber selbst wenn man von den Ausstellungen der „Leipz. Volksztg.“ alles das abzieht, was allem Anschein nach abgezogen werden muß; auch der Rest noch befürcht uns mindestens in der Ueberzeugung, daß dem Entwurf alles eher als ein großzügiger Charakter zuzuschreiben ist. Außer-

dem aber kommt hier ein psychologisches Moment in Frage: Nicht nur jenes Wort des Herrn Frähdorff, sondern zahlreiche andere Ausprüche und Vorgänge sind uns Beweis dafür, daß unserer Sozialdemokratie über allem anderen die Verabwürgung der heimischen Arbeiterfürsorge steht. Sie kann und darf bei der eigenen Impotenz nicht zugeben, daß ein anderer, der Staat, das Bürgerum usw. etwas Besseres, für die Arbeiterhaft Brauchbares leiste. Es ist diese Leugnung eine der Grundbedingungen ihrer weiteren Existenz. Hätte also die „Nationalversicherungsvorlage“ Lloyd Georges materiell auch nur entfernt eine Handhabe geboten, die deutsche Sozialgesetzgebung als minderwertiger hingestellt, es würde das mit Freunden, mit welcher Gier benutzt worden sein. Es scheint dies nach alledem aber beim besten Willen nicht möglich zu sein, so daß die Zeit der „ewigen, günstigen Vergleiche“ zum Lebweisen unserer „Genossen“ immer noch nicht ihr Ende erreicht hat.

## Ein neues Kaiserpalast in Wiesbaden?

Dem „B. L.“ wird aus Wiesbaden telegraphiert: Bereits im Jahre 1909 hatten die Wiesbadener herausgefunden, daß der Kaiser nicht mehr so lange wie sonst bei ihnen gewohnt hatte, und daß von dieser verhältnismäßig kurzen Zeit noch ein großer Teil durch das Frankfurter Weltfest in Anspruch genommen war. Am meisten aber wurde erörtert, daß — wider alles Erwarten — der Kaiser damals der Kaiserlichen Kunstgewerbaustellung keinen Besuch abstatte. Ja, als, um einen Besuch unter allen Umständen herbeizuführen, ein „Ausstellungsinteresse“ zu dem verzwiefelten Mittel griff, dem Kaiser, als er hoch zu Ross von einem Ausflug ins Norstal zurückkam, eine Bittschrift zu überreichen, wurde der Kaiser, wie die offizielle Darstellung besagte, „über diese plumpe Art, ihn zum Besuch der Ausstellung zu veranlassen, höchlich verstimmt“. Als danach die Ausstellung mit einem großen Defizit schloß, wurde offen gesagt, daß dieser Ausgang verhütet worden wäre, wenn der Monarch doch wenigstens in irgendeiner Weise sein Interesse an dem Unternehmen gezeigt hätte. Die kurze Zeit vorher noch so begeisterten Ausstellungsleiter gaben denn auch in einer etwas eigentümlichen Weise ihrer Mißstimmung darüber Ausdruck, daß sie bei der Abreise des Kaisers eine Illumination der Ausstellungsgebiete unterließen.

Auch im Mai 1910 und wieder in diesem Jahre glaubt man die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß sich der Kaiser nicht mehr so oft dem Publikum gezeigt habe, daß überhaupt die Stimmung des Kaisers nicht mehr den Wiesbadenern gegenüber so günstig gewesen sei, wie in früheren Jahren. Hierüber natürlich neue Mißstimmungen Leute, die aus Mangel an anderer Tätigkeit über dieses Problem nachzudenken, glauben nun, den Schlüssel zu dem Geheimnis gefunden zu haben: Dem Kaiser soll nämlich der Aufenthalt im Wiesbadener Schloß nicht mehr zugenut. Man führt aus, das vor 70 Jahren erbaute frühere herzogliche Schloß sei heute nicht mehr bequem und kein Genie in seinem Innern. Heute stehe es mitten in der Stadt, nicht mehr wie ehemals an der Peripherie. Die am Schloß vorbeiführenden zahlreichen Wagen der elektrischen Straßenbahn störten den Kaiser in der Nachtruhe. Auch mache sich der Mangel eines Vorgartens recht unangenehm fühlbar. Besonders die Kaiserin beklage lebhaft diesen Uebelstand und ziele deshalb den Aufenthalt in Bad Homburg vor. Und so ist denn die Idee, dem Kaiser in Wiesbaden, „ein neues Schloß an Stelle des alten unmoderneren Provinzialschlosses zu bauen“ von einer Anzahl heiliger Persönlichkeiten der Gesellschaft recht lebhaft ventiliert worden. Der Neubau soll an Stelle des „Kaiserschlösschens“, zu dem die Stadt den Platz hergibt, erfolgen. Die Baukosten sollen von Privatpersonen zu Lasten der Kaiserin zu bestreiten sein. Man glaubt um so mehr an einen Entschluß dieses Ranges, als jetzt die Anregung des Großherzogs von Hessen, die Stadt Mainz möge das alte Mainzer Zeughaus zum Festus erwerben und derartig ausbauen, doch nicht nur der Großherzog seinen Hofhalt für einige Zeit jährlich dorthin verlegen, sondern auch der Kaiser bei seinen alljährlichen Truppenbesichtigungen in Mainz dort Wohnung nehmen könne, völlig ausrichtlos sei. In Wiesbaden hofft man nun, durch den Bau eines neuen Kaiserpalastes es zu erreichen, daß dann der Kaiser nicht nur während der Mainzstipiele, sondern auch während der Mainzer Truppenbesichtigungen im Anstich längerer Aufenthalt in Wiesbaden nehmen wird. So weit das Projekt, das bisher in aller Stille aber doch mit Eifer betrieben wird. Jetzt will man zunächst in Berlin in Erfahrung nehmen.

## Das englische Krönungsfest.

□ Aus London wird gemeldet: Die Festimmung in der Stadt schlägt immer höhere Wogen. Tausende durchziehen jetzt die Straßen, nur um den Festschmuck zu bewundern, den London für die Krönung des Königs angelegt hat. Obgleich die Arbeit daran schon wochenlang dauert, ist es dem Beschauer jetzt erst möglich, das Ganze ungefähr zu übersehen, denn bis auf Einzelheiten ist die Ausschmückung der Straßen und Plätze jetzt erst ungefähr fertig. London hat augenblicklich so viele Bewunderer, daß es nach Einzelheiten nicht viel zu fragen braucht. Die halbe Fronting befindet sich bereits hier und durchzieht die Straßen von Gassen die Straßen. Denn da es doch bei sehr vielen recht unklar ist, ob sie von der Krönung etwas zu sehen bekommen, so sorgen sie als Menge

Leute dafür, daß sie wenigstens vorher etwas sehen. Und so sehen gibt es immer etwas. Bald jagen Hofequipagen daher, die Fürstlichkeiten vom Bahnhof holen, bald kommt ein Schwarm betrunkenen Indier, dort ziehen Kolonialsoldaten auf, hier drängt sich die Menge um arabische und persische Nationaltrachten. Das London der Krönungszeit ist wie ein Riesengitaras, in dem eine Gekochtheit die andere ablöst. Die Polizei scheint, der „K.“ zufolge diesmal für den Jubeltag fast alle große Vorbereitungen getroffen und so strenge Beschränkungen verhängt zu haben. Nicht weniger als 74 Straßen sind mit mächtigen Balkenbarrikaden und Torpieren eingerichtet, die den diensthabenden Abteilungen an diesen Punkten ihre Aufgabe, gelegentlichen Ansturm abzuhalten, erleichtern sollen, zunächst aber die Gemüter des Publikums mit Besorgnis und Bekommenheit erfüllen. Auch im einzelnen sind die Bestimmungen strenger und schärfer als je zuvor. In den Clubs weist man zur Erklärung auf die Taten russischer Anarchisten vor einigen Monaten hin, bei denen die Polizei keineswegs glänzend abgeblieben hat, und meint, der Minister des Innern sei entschlossen, diesmal lieber wegen drakonischer Strenge als wegen zu großer Milde getadelt zu werden. Wie weit man in dieser Hinsicht geht, erhellt aus der anstehenden Absicht, diesmal keine politischen Possenreize herauszulassen. Ob das ernst gemeint ist, muß sich erst zeigen. Sicher ist aber, daß Vertreter der ersten ausländischen Mächte bisher ohne diese für die Ausübung ihres Dienstes unentbehrliche Erleichterung sind. Anderswo pflegt man den fremden Zeitungslesern zur Zeitigkeit ganz anders zu behandeln. — In Spithhead hat während des ganzen Montags ein sehr ununterbrochener Ausmarsch von Salutschiffen stattgefunden, da ein fremdes Kriegsschiff nach dem anderen zu der Flottenstation eintraf. Jedes Schiff feuerte bei seiner Ankunft einen Salut von 21 Schüssen zu Ehren der englischen Nation und einen weiteren Salut von 17 Schüssen zu Ehren des britischen Oberkommandierenden Admirals Moore.

Von den bisher eingetroffenen Krönungsgästen weicht unstrittig das deutsche Kronprinzenpaar bis jetzt am meisten Interesse. Das erklärt sich teils durch die nahe Verwandtschaft beider Höfe, teils auch durch die indische Reichs- und Kronprinzen, von der noch wenigen Monaten nach freundlicher Echo hierher gedrungen ist. Leute, die ihn bei der Ankunft gesehen haben, betonen, wie auffallend englisch der Prinz aussehe und wie inmpathisch der Eindruck seines Benehmen anmutete. Das mag nicht von welterschütternder Bedeutung sein, bleibt aber für die Landesleute hüben und drüben erfreulich und keineswegs unwichtig.

## Der „Chateaufeuere-Ball“.

London, 21. Juni. Heute nacht fand in der großen Alberthall, die in einen Kolossal-Ballsaal umgewandelt war, der sogenannte „Chateaufeuere-Ball“ statt, wohl das glänzendste Ereignis, das die Krönungswochen vorgelesen hat. Mehr als 4000 Personen der höchsten englischen Aristokratie waren in Kothümen aus der Zeit der Königin Elisabeth erschienen. Die Fürstlichkeiten trafen nach und nach von 1/2 Uhr ab im Saal ein, nachdem sie vorher an dem Staatsbankett im Buckinghampalast teilgenommen hatten. Für die Fürstlichkeiten waren zwei große Logen reserviert, wo sich bald ein farbenprächtigstes, prächtiges Bild entwickelte. Unter Trampetklängen wurde der Ball eröffnet. Unter Vorantritt von Herolden betrat die Königin im Kothüm des Jahres 1598 den Saal, gefolgt von ihrem Hofstaat, der sich aus Abkömmlingen ihrer Familien zusammensetzte, die im Jahre 1598 den Hofstaat der „jungfräulichen Königin“ bildeten. Nachdem die Königin auf dem Thronsaal Platz genommen hatte, richteten 28 Quadrillen, sie zogen vor dem Thronsaal mit Verehrung vorbei. Dann nahm das glänzende Schauspiel seinen großartigen Fortgang im Saale. Das Fest währte bis 5 Uhr morgens.

London, 20. Juni. Der König hielt heute im Buckinghampalast im Beisein der Königin einen Empfang der ausländischen Vertreter und der zur Krönung entsandten Deputationen ab. Der König trug Feldmarschalluniform; die meisten Gäste waren ebenfalls in Uniform. Staatssekretär Sir Edward Grey übernahm die Vorstellung. Einer der ersten Gäste war der deutsche Kronprinz mit seiner Gemahlin.

## Franz v. Liszt über die Strafprozeßreform.

Soll der Entwurf der Strafprozeßordnung in der Herbstsession des Reichstages durchberaten oder aber bis auf weiteres zurückgestellt werden? Zu dieser Frage erhält die „Voss. Ztg.“ von dem Führer der modernen Schule der Kriminalistik, Geheimen Kulturrat Professor Dr. v. Liszt, Mitteilendes des Abgeordnetenhauses, folgende Zuschrift: Sehr geehrter Herr Redakteur!

Nach wie vor bin ich der Ansicht, daß die Annahme des Entwurfs einer Reichs-Strafprozeßordnung durch den gegenwärtigen Reichstag für die Gesamtreform der Strafgesetzgebung, des Strafverfahrens und des Strafvollzuges noch geradezu verhängnisvoller Bedeutung sein würde. Ich habe diese Ansicht nicht leicht geteilt oder vorzuziehen; ich habe vielmehr stets den Sach vertreten, daß die Reform bei dem Strafverfahren einsehen muß und daß die Umgestaltung des Strafverfahrens erst dann in Angriff genommen werden kann, wenn die Grundlinien unserer künftigen Strafgesetzgebung feststehen. Ich sehe also durchaus

auf dem Standpunkt des Abgeordneten Müller-Meinigen. Nach vor zwei Jahren konnte man die selbständige Reform der Strafprozedur durch die Behauptung rechtfertigen, daß die Reform des Strafgesetzbuches noch in weiter Ferne liege. Das ist heute nicht mehr möglich. In einem zwei Jahre wird der Entwurf des Strafgesetzbuches aller Maßregelnfähigkeit nach auch der Bundesrat passiert haben und dem Reichstag vorzulegen werden können. Unter diesen Umständen hat es gar keinen Sinn, heute eine Strafprozedurordnung anzunehmen, die nur Grund aus neu eingeführt werden müßte, noch bevor die durch sie notwendig gemachten Veränderungen in anderer Gesetzgebung durchgeführt sind.

Aber auch ganz abgesehen von dieser Erwägung werde ich dem Entwurf der Strafprozedurordnung keine Träne nachweinen. Ich gebe gern zu, daß die Kommission sehr viel Zeit auf die Beratung des Entwurfs verwendet hat und daß all diese Arbeit zunächst wenigstens vergeblich gewesen wäre. Ich betrachte aber sehr entschieden, daß die Ergebnisse dieser Beratung der auswendigenden Wille entsprechen; ich betrachte, daß die Beschlüsse der Kommission aus einem wesentlichen Interesse über das geltende Recht hinaus gemacht haben; ich behaupte sogar, daß sie in gar mancher Beziehung einen Rückschritt hinter den heute bestehenden Rechtszustand bedeuten. Das näher auseinanderzusetzen, bin ich in diesem Augenblick nicht in der Lage. Ich stehe aber mit meinem Urteil durchaus nicht allein. In den weitesten Kreisen der Juristen wie der Richterwelt wird die Nachricht, daß der Entwurf endgültig gelichtet ist, mit lebhafter Befriedigung aufgenommen werden. Oder glaubt Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Wöldele wirklich, daß das Plenum des Reichstags während der überlängtesten Herbsttagung in der Stimmung sein wird, die großen und schwierigen Grundprobleme des Strafrechts in ruhiger Sachlichkeit durchzudenken?

Über, dem die Reform unseres Strafrechts erstlich am Herzen liegt (und ich darf mich wohl dazu rechnen), der muß den dringenden Wunsch haben, daß der Entwurf der Strafprozedurordnung in der nächsten Zeit nicht mehr zur Beratung gelangt. Nur unter dieser Voraussetzung ist die Möglichkeit gegeben, daß die Gesamtreform auf einseitiger Grundlage und in geschlossener Gestalt zustande kommt.

Professor v. Liszt.

## Deutsches Reich.

### Die höheren Mädchenschulen Preußens.

Ueber die anerkannten höheren Mädchenschulen Preußens enthält das „Statistische Jahrbuch für den preussischen Staat“, Jahrgang 1910, einige allgemein interessierende Angaben. Nach dieser ersten amtlichen Statistik gab es in Preußen am 1. Februar 1910 33 Studienanstalten (4 staatliche, 24 andere öffentlich und 5 private), 149 Klassen (6, 73 bzw. 69) mit 410 höheren Mädchenschülern (3, 207 bzw. 198). In den Studienanstalten wurden 2318 Schülerinnen unterrichtet, in den eigenen höheren Lehrerinnenseminaren bzw. wissenschaftliche Fortbildungsklassen 9562 und in den höheren Mädchenschulen 134 989. Für die Provinz Sachsen sind die entsprechenden Zahlen 200, 589 bzw. 7942.

Von den 134 989 Schülerinnen der höheren Mädchenschule waren 89 830 oder 66,3 Proz. evangelisch, 34 455 oder 25,5 Proz. katholisch, 10 400 oder 7,7 Proz. jüdisch und 295 gehörten einem anderen Bekenntnis an. Da nach der Volkszählung von 1. Dezbr. 1905 von der ortsanwohnenden Bevölkerung 62,6 Proz. evangelisch, 35,8 Proz. katholisch und 1,1 Proz. jüdisch war, so ergibt sich also, ähnlich wie das bei den höheren Knabenlehranstalten der Fall ist, eine verhältnismäßig stärkere Beteiligung der evangelischen Schülerinnen gegenüber den katholischen, eine Gefährdung, die wohl mit darauf zurückzuführen ist, daß viele katholische Eltern ihre Töchter in auswärtige, besonders baltische Klosterschulen schicken, die aber in der Hauptsache in dem geringeren Bildungsbedürfnis des katholischen Bevölkerungsteiles begründet ist. Außerordentlich stark ist die Beteiligung jüdischer Schülerinnen: 7,7 Proz. gegen 1,1 Proz. der Gesamtbevölkerung.

In den höheren Mädchenschulen unterrichteten 1300 akademisch gebildete Lehrer, 559 akademisch gebildete Lehrerinnen, 675 nicht akademisch gebildete Lehrer, 3450 nicht akademisch gebildete Lehrerinnen, 186 Fachlehrer, 1101 Fachlehrerinnen, 1040 Hilfslehrer und 672 Hilfslehrerinnen, im ganzen 8983 Lehrkräfte, nämlich 3201 männliche oder 35,6 Proz. und 5782 weibliche oder 64,4 Proz. Fast zwei Drittel der Lehrkräfte gehören also dem weiblichen Geschlechte an. Damit dürfte das zur Abgabe gemordene Schlagwort, daß der weibliche Einfluß auf die höhere Mädchenschule nicht genügend gewahrt sei, ins Bereich der Fabel verwandelt sein.

Die Aufwendungen für die anerkannten staatlichen und öffentlichen Anstalten beliefen sich auf 17 873 355 Mk., wovon 521 248 Mk. oder noch nicht ganz 3 Proz. aus Staatsmitteln, 6 602 208 Mk. aus Gemeindemitteln, 10 402 977 Mk. aus Schulgeld und 346 926 Mk. aus sonstigen Quellen bestritten wurden. Diese Zusammenstellung zeigt wieder einmal die unzulängliche finanzielle Unterbringung der höheren Mädchenschule durch den Staat.

### Die nationale Partei Elsaß-Lothringens.

Strasbourg, 21. Juni. Die „Straßburger Neue Zeitung“ ist in der Lage, über das bisher geübte politische Programm der nationalen Partei zu berichten, das sich ausschließlich auf wirtschaftliche und soziale Fragen einläßt, demokratische Fragen aber in den Hintergrund treten läßt.

### Zur Frage der Fleischversorgung

hat der Deutsche Fleischer-Verein auf seinem Verbandstage in München eine Resolution einstimmig angenommen, worin sich das Fleischergewerbe auf das Entscheidende gegen die jetzt auch von offizieller Seite aufgestellte Behauptung verwahrt, daß ein Mißverhältnis zwischen den Preisen für Schlachtschweine und den Schweinefleischpreisen bestehe und dadurch eine gewaltsame Verminderung der Schweinehaltung herbeiführe. Es bedauere lebhaft, daß die von einigen Bundesstaaten gegebene Erlaubnis zur Einfuhr französischer Schlachtschweine nach kurzer Zeit wieder wegen angeblicher Seuchengefahr aufgehoben worden sei. Auch die Einfuhr von Schweinen aus dem Ausland für die Befriedigung der Fleischversorgung ernstlich in Betracht kommen. Das von anderer Seite zur Einfuhr empfohlene Gezeirfleisch sei kein vollwertiger Ersatz, wie die jüngsten Erfahrungen in Österreich zur Genüge bezeugt hätten. Der Deutsche Fleischer-Verein wiederhole deshalb das dringende Ersuchen an die beteiligten Regierungen, für schles-

nische Abhilfe zu sorgen, damit die Volksernährung auf eine sichere, stabile Grundlage gestellt werde.

### Ein Gesetzentwurf über Polizeiverordnungen und Ortsstatute.

Im preussischen Abgeordnetenhaus haben die Abgeordneten Schiffer-Wegebeug (Nat.) und Gen. folgenden Antrag eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

#### Entwurf

eines Gesetzes über Polizeiverordnungen und Ortsstatute.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt:

#### § 1.

Auf Feststellung der gänzlichen oder teilweisen Rechtsungültigkeit einer Polizeiverordnung kann Klage beim Oberverwaltungsgericht erhoben werden.

Die Klage steht natürlichen und juristischen Personen zu, die in Preußen einen Wohnsitz oder Sitz haben, und ist gegen diejenige Stelle zu richten, welche die Polizeiverordnung erlassen hat. Sie ist nur innerhalb eines Jahres seit dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes, bei Polizeiverordnungen, die nach diesem Zeitpunkt erlassen werden, seit dem Tage ihrer ersten ordnungsmäßigen Verkündigung zulässig.

#### § 2.

Das Oberverwaltungsgericht entscheidet in der Befehung von 4 Mitgliedern unter Zuziehung von 3 Mitgliedern des Kammergerichts, die meist der gleichen Anzahl von Vertretern durch das Präsidium für die Dauer eines Geschäftsjahres bestimmt werden.

#### § 3.

Soweit der Klage stattgegeben wird, gilt die Polizeiverordnung als aufgehoben. Die Aufhebung tritt mit der Verkündigung des Urteils an die beklagte Stelle ein und ist von ihr unverzüglich in derselben Weise öffentlich bekannt zu machen, in der die Polizeiverordnung demselben Befehl gemäß worden war.

#### § 4.

Die Rechtswirksamkeit einer Polizeiverordnung erlischt nach Ablauf von 25 Jahren. Diese Frist beginnt mit dem Tage der ersten ordnungsmäßigen Verkündigung, und wenn eine solche nicht stattgefunden hat, mit dem Tage des Erlasses der Polizeiverordnung; sie endet nicht vor dem Ablauf des 31. Dezember 1913.

#### § 5.

Die Vorschriften der §§ 1 bis 3 finden auf Ortsstatute, insbesondere Gebührensordnungen, Gebührenordnungen und Reglements entsprechende Anwendung.

### Ein Jubiläumsjahr für fünf Missionsgesellschaften.

1896 find drei deutsche evangelische Missionsgesellschaften begründet worden: die Leipzig, die Göttinger in Berlin und die norddeutsche in Bremen. Die Leipzig nahm die dänisch-afrikanische Mission in Ostindien vom Jahre 1705 wieder auf, arbeitet jetzt aber auch in den deutschen Kolonien in Afrika und in China. In Ostindien treibt zugleich die Göttinger Mission ihre Hauptarbeit. Ihr Begründer, Göttinger, war als zömtlicher Priester zum evangelischen Glauben übergetreten und erstattete dann als Prediger in Berlin eine sehr gelungene Tätigkeit. Die norddeutsche Mission ist besonders in Westafrika tätig, wo sich einer ihrer Missionare, Westermann, um die Herausgabe eines umfangreichen Wörterbuchs und einer geübigen Grammatik der Enslprache verdient gemacht hat.

Am Jahre 1886 entstanden die Neuenbottelsauer und die Bielefelder Missionsgesellschaft, deren Begründung, Konfessionsdierung und Organisation dem Pfaffenhauspaar Löhe bzw. Friedrich v. Bodelschwing zu danken ist. Das Arbeitsgebiet der letzteren find Teile unterer Kolonie Deutsch-Südafrika.

Drei Jubilarien, die 75. und zwei, die 25 Jahre bestehen. Möchten sie in ihrem Jubiläumsjahre große Erfolge haben.

### Not- und Personalnachrichten.

Zur Nordlandreise des Kaisers teilt die „Neue pol. Korr.“ mit, daß das Geleise wie im vorigen Jahre aus 16, eine zwar ziemlich den gleichen Persönlichkeiten bestehen wird. Eine besondere Einladung hat der Marinemaler Bohrdt erhalten.

### Die kommende Reichstagswahl.

L. C. Im Wahlkreis Glogau haben die Konservativen noch immer keinen Kandidaten gefunden. Die „Süddeutsche“ liegt nach dem „Vogelzug“ darin, daß die Konservativen gern mit dem Zentrum gleich beim ersten Wahlgang zusammengehen möchten. Verhandlungen werden wegen Uebernahme einer Kandidatur abgeschlossen mit dem Rentengutsbesitzer Ritzgatter, Kattisch und dem Gutbesitzer Hirsch. Kattisch, beide im Kreise Glogau. Der Landtagsabgeordnete Rittergutsbesitzer Duesel, der das vorerwähnte Mandat kandidierte, scheint endgültig erkrankt zu sein. Unterdessen hält der fortschrittliche Kandidat Landtagsabgeordneter Professor Dr. von Liszt, unterstützt von dem Parteiführer Mideleit in dem Wahlkreise ländliche Verammlungen ab, die sich eines guten Besuches erfreuen und für die liberale Sache günstig verlaufen.

### Ausland.

### Die Niederlage der Christlichsozialen in Wien.

Wien, 20. Juni. Heute wieder fand ein Ministerrat statt, in dem der in zwei Wahlbezirken durchgefallene christlichsoziale Minister Dr. Weiskirchner seine Demission überreichte. Baron Wienich wird sich zum Kaiser begeben und ihm diese Demission überbringen.

Die Uebernahme, die das Wahlresultat in Wien hervorrief, ist schwer zu beschreiben. Bis nachmittags durch die Zeitungen einige Stimmenerklärungen bekannt wurden, eilten aus allen Bezirken Hunderte zu den Wahllokalen, um die Bekanntgabe der Resultate abzuwarten. Auch die Redaktionen aller Zeitungen wurden besart belagert, daß Berechtigte, nisse entstanden. Die Polizei mußte überall die Lote bewachen

und den Aus- und Eingang ermäßigen. Die Extrablätter wurden in drei aufeinander folgenden Ausgaben den Anhängern aus den Händen gerissen. Überall hörte man die siegestrunkenen Ausrufungen der Sozialdemokraten. Die Christlichsozialen wollten die Nachfragen durchaus nicht glauben, und als die letzten Extraausgaben die Zahl der im ganzen in Wien gewählten Christlichsozialen mit 4 angaben, dagegen die der Sozialdemokraten mit 19, herrschte große Niederlage. Um meisten überlieferte die Niederlage des Bürgermeisters Neumann er im Wahlbezirk Luers, im eleganten Hiesing, um ein Lokomotivführer gewählt wurde, der nur als Jährling aufgestellt war. Weiskirchners doppelte Niederlage gegen Baron Hoo und den Rebattur der Arbeiterzeitung Winter überlieferte nicht so sehr, weil Weiskirchner sich während seiner Ministerhaft, besonders seit dem Tode Luers, überaus mislieblich gemacht hat.

Der ungeschore Terroismus, so schreibt das „N. Z.“, den die Christlichsozialen ausgeübt haben, die große Macht, über welche sie durch ihre geschäftlichen Verbindungen und durch ihre Beamten verfügten, und die umfangreichen Reichslandbesitze haben ihnen nichts genützt. Das erste Wahlergebnis hat den Umstand aufzuweisen, daß die Liberalen und Sozialdemokraten zusammenlegten, um die Reaktion zu bekämpfen. Groß ist die Freude im freisinnigen Lager. Die christlichsoziale Partei ist durch den Verlust, den sie an städtischen Mandaten erlitten hat, zu einer sterblichen Bauernpartei geworden, und sie hat mit Ausnahme einiger Ministerialen sämtliche Führer verloren. Ihre Wählertrüger in Stadt und Land sind mandatslos geworden. Der ehemalige Minister Ebenholz ist jetzt der geistliche Führer der Partei geworden. Die Niederlage des Bürgermeisters Dr. Neumann im Bezirk Hiesing, der noch vor kurzem als einer der sichersten Bezirke der christlichsozialen Partei galt, hat die Partei geradezu niedergemetzt. In der Zeit von den Wahlen am 13. Juni bis zum heutigen Tage haben die Christlichsozialen eine Menge von Parteigängern verloren.

Die Zahl der freisinnigen Stimmen dagegen ist bedeutend gewachsen. Die freisinnigen veranfaßten im Verein mit den Sozialdemokraten in einigen Bezirken Freundschaftsbündnisse. Mit einer längeren Existenz des Kabinetts Wien, neth wird nun auf keiner Seite gerechnet.

Auch die Nachrichten, die aus den Provinzen eintreffen, haben die Erwartungen der freisinnigen weitaus übertraffen. Die Deutschfreisinnigen haben einen Erfolg errungen, den sie vor wenigen Wochen noch nicht geahnt haben. Ihre Zahl wird im neuen Reichstag ungefähr 100 erreichen. Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen wird der Deutschnationale Verband wieder die stärkste Partei des Hauses sein.

Brag, 21. Juni. In Böhmen war bei der Stichwahl das nationale Moment ausschlaggebend. Die Deutschfreisinnige Partei gewinnt zu ihrem Besten 6 neue Mandate. Die Sozialdemokraten verloren beträchtlich. Eine schwere Niederlage erlitten die Tischlich-Christlich-Sozialen; sie verloren alle 7 Mandate.

### Zum internationalen Schifferstreik.

Antwerpen, 21. Juni. Zwischen ausfindigen und arbeitswilligen Seeleuten kam es gestern zu Kravallen, wobei auf beiden Seiten mehrere Personen verletzt wurden.

London, 21. Juni. Der Schifferstreik in Süd findet an Schwierigkeiten zu bereiten. Auch in Girth on North ist die Lage sehr ernst. 600 Matrosen beschließen dort, in den Ausstand zu treten. In North liegen 28 Schiffe, so daß hier der Handel völlig lahm gelegt ist.

### Die Lage in Marokko.

Tanger, 21. Juni.

Dem französischen Oberbefehlshaber Doinier ist es möglich gewesen, ohne Schwertkreuz seinen Einzug in den durch alte Volkstradition gezeichneten Ort zu halten, den bisher noch kein Europäer betreten hat. Die im Serubergebirge nördlich von Meknes gelegene heilige Stadt Mula n Jdris wurde am 12. Juni vom General Doinier mit allen Brigadiers belagert. Der General begab sich aus dem Lager der vor der Stadt haltenden Truppen in Begleitung der weißgekleideten Scherifen in die Stadt hinauf, die trotz ihrer natürlichen, unannehmbaren Lage nach den Erfolgen der französischen Truppen auf jeden Widerstand verzichtete.

Zufällig geworden.

Tanger, 21. Juni. Der spanische hiesige Konsul Bilenca ist plötzlich irrsinnig geworden. Er mußte zu seinem eigenen Schutz in Sicherheit gebracht werden.

### Provinzial-Nachrichten.

141 Geschöte verwehrt.

— Erfurt, 20. Juni. (Die M. u. N. und K. u. N.) die jetzt in der Umgegend sehr stark auftritt, hat in Wahlkreise 141 Geschöte ergriffen. 83 Stück Rindvieh sind bereits der Seuche zum Opfer gefallen.

### Gründung einer liberalen Ortsgruppe.

Heideburg, 21. Juni. Am vergangenen Sonntag fand hier im Heinerischen Gasthause eine vom liberalen Verein Halle einberufene öffentliche Versammlung statt. Nachdem sich der Kandidat des Gaalreises Herr Konbitorenbücher Faust in den Anwesenden vorgestellt hatte, hielt Herr Landtagsabgeordneter Debus einen trefflichen Vortrag über die augenblickliche politische Lage und die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen. Wenngleich der Besuch der Versammlung recht viel zu wünschen übrig ließ, so zeigte die Veranstaltung doch insofern einen Erfolg für die liberale Sache, indem nach warmen Worten des Parteiführers Herr Schilling in Zustimmung eines engeren Zusammenfassendes oder Gleichgesinnten 16 Herren sich bereit erklärten, zur Gründung einer liberalen Ortsgruppe zusammenzutreten.

Schleswig, 20. Juni. (Das Ereignis eines Schiffsunglücks) der Überland-Schiffahrt brachte am Sonntag dem Pfälzer Knaben S. in Groß-Nöbzig den Tod.

— Kragau, 20. Juni. Mit der Führung des 2. bürgerlichen Subarenegiments Nr. 12 ist Freier: Ritur v. Leobur, bisher Major im Generalkorps des

III. Armeekorps, unter Verletzung von Thüringischen Husarenregiment ernannt worden.

**Beihilf, 20. Juni.** (Ein Schwindler.) Der unter dem falschen Namen Hans Scholz - richtiger Name Otto Männide, aus Magdeburg gebürtig - angeblich für die Firma Gustav Wron in Berlin tätig, hält sich in unserer Gegend auf und beschuldigt Schneiderinnen und Hausfrauen, um Abonnement auf Modefachjournale zu sammeln, wobei er sich Barauszahlungen leisten läßt. Er ist weder von der genannten Firma beauftragt, noch führt er an diese die gesammelten Aufträge ab. Er wird bereits von der Staatsanwaltschaft Berlin geahndet. Es empfiehlt sich deshalb, diesem Schwindler das Handwerk zu legen, indem man ihn sofort der Polizei übergibt.

**Beihilf, 20. Juni.** (Kornblumentag.) Die vom Bezirkskomitee des Preussischen Landesvereins vom Roten Kreuz eingeleitete, einen Kornblumentag zugunsten der Kriegsgesangenen zu veranstalten, hat in unserer Stadt lebhaften Widerhall gefunden. Von den 58 Paar jungen Damen, die mit uner-müdlichem Eifer Kornblumen und Postkarten verkauften, wurden 3154,31 M. gesammelt. Die anderen Veranstaltungen erbrachten 449,80 M., so daß der Ertrag sich auf 3604,11 M. beläuft. Außerdem wurden für das hier zu erbauende Stiefhaus, dem ein Teil des Heinertrages zugute kommt, von Frau Pastor Göttsche 1000 Mark gestiftet.

**Kamens, 20. Juni.** (Vom Bliz getötet.) Bei einem schweren Gewitter mit wolkensüchtigen Regen wurde gestern der 26jährige Wirtschaftsbefehlshaber Bernhard S. in der Wohnung, welcher mit seiner Schwester auf dem Felde mit Ackerbau beschäftigt war, vom Bliz getroffen und sofort getötet. Die Schwester blieb unverletzt.

**Magdeburg, 20. Juni.** (Das Ergebnis des Kornblumentages.) Die Magdeburger Kornblumentage brachten ungefähr 31000 Mark Uebersehuf.

**Beihilf, 20. Juni.** (Verkauf.) Das Herrn Otto Wismann gehörige Rittergut in Volzshagen in Größe von ca. 530 Morgen ist durch Vermittlung des Bankhauses Metz, Mendelssohn, Glöckel u. Kuhn, an den Rittergutsbesitzer Herrn Max Hausmann, Volzshagen, verkauft worden.

**Königsberg (Südbr.), 21. Juni.** (Die vom Kreis neu eingerichtete Wanderverschule.) Die Wanderverschule (Schule) wird im Herbst eröffnet werden. Während sie bis Anfang nächsten Jahres in Wippra haben soll, geht sie nach Neuhof auf Königsberg über. Der Kursus dauert mindestens acht Wochen und ist zunächst für konfirmierte Mädchen bestimmt. Alle Kosten trägt hauptsächlich der Kreis bis auf höchstens je 25 Pf. täglich Beiträge der Einzelnen, wofür freies Mittagessen geliefert wird. Der ganze Unterricht soll zur Wirtschaftlichkeit, Sparfamkeit und fröhlicher Ernährung anleiten.

**Eisenach, 20. Juni.** (Vertrauensbruch.) Das Hofen von Müllern führte die Direktion der Deutschen Cellulosefabrik auf die Spur unehelicher Arbeiter. Bei einer in den Wohnungen der Arbeiter Sch., Paul Schlichting und Arno Werner vorgenommenen Durchscheidung fand man aus dem feinsten Cellulose hergestellte Gegenstände, wie Handtaschen, Schreibzeuge, Kalender, ferner unbenutzte Stoffe vor. Die beschlagnahmten Sachen haben einen Gesamtwert von ungefähr 100 Mark. Auch in den Wohnungen der Arbeiter Schlegel und Stein erfolgten Haus-suchungen, bei denen gleichfalls Cellulosestoffe in größeren Mengen entdeckt wurden.

**Schlag, 20. Juni.** (Tödlich verunglückt.) Gestern abend um 5 Uhr wurde der Oberarzt a. D. Dr. Paul Hiller in der Nähe der Markthausen Fabrik an einer abfälligen Stelle der Promenade von einem Radfahrer angefahren und auf den Boden geworfen. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und starb wenige Stunden später. Der Radfahrer kam bei dem Zusammenstoß ebenfalls zu Fall, blieb aber unverletzt.

### Gerichtsverhandlungen.

#### Strafkammer.

Halle a. S., 20. Juni.

#### Beseitigung der Viehgenossen.

Der hiesige Hypothekvermittlungsgesellschaft, Amts-klerikar a. D., erhob in einem Beschwerdebuch an das Amtsgericht den Vorwurf gegen die Polizeiverwaltung, sie erdreiste sich, auf Grund ihrer willkürlichen Angaben das Konfessions-nachweisverfahren gegen ihn einzuleiten. Er ist schon wiederholt wegen Beseitigung von Viehgenossen verurteilt. Zutreffens seines Scheiterns sprach ihn das Amtsgericht von der Anklage der Beseitigung frei, da er in Widerspruch berechtigter Interessen gehandelt habe.

Die Strafkammer fand jedoch in dem Ausdruck „Erdreisten“ eine formelle Beseitigung und verurteilte deshalb Liebau auf die Befreiung des Amtsanwalts zu 300 Mark Geldstrafe.

#### Der überreizte Doctorandus.

Der 24jährige Dr. med. Ludwig Ragenstein in Eisenach erlitt im Herbst vor J. damals noch Cand. med. in Kiel, während eines Ferienaufenthaltes in Eisenach, ein vor dort stammender Stud. phil. habe über ihn gekauert. R. sei in studentischen Kreisen der Provinz. Er habe deshalb eines Tages den Studenten an der Straße zur Rede. Unter anderem meinte er ihm einen Kampf der Schule entzweien grünen Jungen. Der Student wandte sich gegen Ragenstein, so daß er wurde aber von R. an der Schulter zurückgehalten und schalt ihm deshalb einen andringlichen Menschen. R. verfiel ihm darauf einen Stockhieb über den Kopf, so daß der Stock zerbrach. Der Student bekam infolge des Schlags sein früheres Leiden, nervöse Kopfschmerzen, wieder. Das Eisenacher Schöffengericht verurteilte den schlagfertigen Cand. med. wegen gefährlicher Körperverletzung auf 150 Mark Geldstrafe. Hiergegen legte R. Berufung ein mit der Begründung, er habe den Studenten nicht schlagen, sondern im Gegenteil dessen Schlag durch Vorhalten seines Stodes von sich abzuwenden wollen. Er sei als Student nie ein Kaufbold gewesen, sondern habe vielmehr sein Streben stets darauf gerichtet, daß der gute Ton in studentischen Kreisen gewahrt bleibe. Mebrigens sei er zur Zeit des Konfesses wegen Ueberarbeitung infolge seiner Doktorarbeit bereits überreizt gewesen.

Die hiesige Strafkammer nahm Rücksicht auf diese Ueberarbeitung und ermäßigte die Strafe von 150 auf 30 Mark. In Halle a. S. habe R. nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht gehandelt.

#### Reiserei und Tanzvergnügen.

Am 8. Januar, gelegentlich eines Tanzvergnügens in Stedien, begann der wegen Heubestrafung schon mehrmals vorbestrafte Fördermann Karl Fuge gemeinsam mit einem anderen ohne jeden triftigen Anlaß Streit mit einem Tänzer und mißhandelte ihn dann auf der Straße. Der Verletzte erhielt mehrere blutende Kopfverletzungen, die sehr langsam verheilten, so daß er 10 Wochen lang arbeitsunfähig war. Das Eisenacher Schöffengericht verurteilte Fuge und seinen Helfer zu je drei Wochen Gefängnis.

Fuge glaubte gegen diese Strafe Berufung einlegen zu können. Er wurde aber von der hiesigen Strafkammer als schuldig verworfen. Die Verhandlung ist sehr ruhig gewesen und daher mit drei Wochen Gefängnis keineswegs zu hoch bestraft.

#### Mutun und Selbstmordveruch eines Soldaten vor dem Kriegsgericht.

sh. Leipzig, 19. Juni.

Der Soldat der in Döbeln liegenden 8. Kompanie des 139. Infanterieregiments Otto Neef hatte sich vor dem Kriegsgericht wegen vorläufiger Tötung und wegen Selbstmordveruch zu verantworten. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Am zweiten Weihnachtstages des vorigen Jahres fand ein Vergewaltiger in einem Walde bei Wittenstein die Leiche einer erschossenen Frau, neben der ein Militärzeitungs-gemein und eine Soldatenmütze lagen; einige Schritte davon entfernt lag ein Revolver, aus dem mehrere Schüsse abgegeben worden waren. Bei Durchscheidung der Umgebung des Platzes wurden an einem Aste hängend ein paar Holenträger gefunden und schließlich Neef man auch auf den mit einer Schußwunde im Hinterhau in einer Ecke liegenden Soldaten, den Angeklagten Neef, der alsbald ins Konvaleszentspital wurde. Die polizeilichen Erhebungen haben folgendes ergeben: Vor seinem Eintritt beim Militär war der Beklagte Neef in der Wohnung eines Vergewaltigers Wohnung verkehrt und hatte mit dessen Frau ein Liebesverhältnis angeknüpft. Seinen ersten Weihnachtsturlaub benutzte Neef, der inzwischen beim Militär eingetrieden war, dazu, die Frau zu besuchen. Er hatte sich vorher einen Revolver verlehrt, da er und die Frau nach seiner Angabe beschloßen hatten, gemeinsam zu sterben. Neef gab vor Gericht an, er habe die Frau auf deren Wunsch durch einen Schuß in die rechte Schläfe getötet; der Versuch, sich selbst zu erschießen, sei ihm aber nicht gelungen. Er habe sich dann an einem Baum erhängen wollen, doch sei die Schlinge seines Soldatenrucksacks gerissen. Als Neef, der die Revolverkugel heute noch im Körper trägt, im Konvaleszentspital angekommen war, gab er ohne weiteres zu, die Frau mit voller Ueberzeugung getötet zu haben, und zwar auf deren ausdrücklichen Wunsch. Diese Angabe beruhte auch auf Wahrheit, wie aus einer bei der Leiche der Leichensinger vorgefundenen, nicht abgedruckten Postkarte hervorgeht, in welcher sich die Frau als lebensmüde bezeichnet.

Infolge dessen wurde gegen Neef lediglich Klage wegen vorläufiger Tötung erhoben. Vor dem Kriegsgericht gab er an, doch ihn die um 12 Jahre ältere Frau, die Mutter von drei Kindern war, wiederholt erludte, sie zu töten, was er stets verweigert habe. Die Getötete scheint tatsächlich in den jungen Menschen förmlich vernarrt gewesen zu sein. Der Anklage wurde von seinem Kompagniechef als ein sehr ruhiger Mensch

bezeichnet, der von dem Militär gut führte. Das Urteil lautet unter Anrechnung von 3 Monaten Unteruchungsfrist auf 3 Jahre 3 Monate Gefängnis.

#### Zweimal zum Tode verurteilt.

Schwerin, 21. Juni. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Doppelmörder in Langwasser, den Schneider Maack, zweimal zum Tode. Seine Schwägerin wurde wegen Beihilfe zum schweren Raub zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

### Luftschiffahrt.

#### Der Flug über den Harz.

Wer fliegt? Das ist wohl die brennendste Frage für den interessantesten Teil des deutschen Rundfluges. Es ist sonst gar nicht Sitte, zu solchen Veranstaltungen besonders zu nennen; die Flieger kommen und tun ihr Werk. Von dieser Gepflogenheit ist diesmal kein Gebrauch gemacht worden. Es herrscht reges Warten und Wagnen auch bei den Militärs, die nicht am großen Rundfluge teilnehmen. Sie wollen wenigstens hier zur Stelle sein.

Zuerst meldete sich der Flieger Köwer, es folgte Kalm und Eyring, Berlin, und da zu allen guten Fliegern drei Flieger gehören, so machte der Flieger Leon Besant das Weiterfliegen voll. Auch Paul Schmidt, Magdeburg, hat noch genannt. Doch damit scheint die Reihe für die kritischen Wettbewerbler in Nordhausen noch nicht erschöpft; denn eine ganze Reihe namhafter Piloten erbat sich umgehend noch Formulare für die Wettbewerbler, um noch die Rennen zu bewirken.

Der Flug über den Harz - es ist die Strecke Nordhausen - Halberstadt (112 Kilometer) - findet am 5. Juli statt.

Der Einjährig-Freiwillige Reichardt hat laut Telegramm in Kiel zwei neue Ufer-Flugmaschinen montiert, mit denen er sich an der Flugkonkurrenz beteiligt. Er flog in einer großen Höhe zum Rietel Hafen, wo zuerst der größte Teil der deutschen Flotte liegt. Er umkreiste die Kriegsschiffe unter dem Jubel der Marineoldaten und überflog dann die breiten Schleusen des Nord-Deisekanals.

#### Sport-Nachrichten.

Die 100-Rm.-Meisterschaft von Preußen wurde in Hannover vor etwa 5000 Zuschauern ausgetragen. Dientmann, der bei 10 Kilometer, hart bedrängt von Hell, an der Spitze lag, verlor in der 30. Runde infolge Kradbetteis die Führung und geriet durch mehrere Radbetteis immer weiter ins Hintertreffen. Der vorzüglich fahrende Hall lag nunmehr bis zur 109. Runde in Front, als auch ihn ein Radbetteis traf. Für den Ausgang kamen nunmehr nur noch Goor und der Berliner Schippe in Betracht, die einen scharfen Kampf lieferten, den der Berliner in der dritten Runde zu seinen Gunsten entschied. Schippe siegte in 1 Std. 21 Min. 25 Sec., Goor 60 Meter, Tommy Hall 2570 Meter, Dientmann weit zurück. Schipmann gewann das Hauptfahren vor Goor und Wegener und ebenso das Vorkabelfahren. In einem zweiten Flieger-Rennen blieb Othmer vor Schiphoff siegreich.

Ein Theile-Denkmal. Ein monumentales Denkmal für den am 1. Februartage tödlich verunglückten Fritz Theile wird an seiner Grabstätte auf dem Wilmersdorfer Kirchhof errichtet werden. Es wird in einem aus Sandstein gefertigten stimmungsvollen Aufbau bestehen, um den sich eine Lorbeergirlande schlingt. In der Vorderseite wird das Marmorreliefbild des Verstorbenen angebracht werden. Das Marmorbild am Denkmal, das die Brust des Verstorbenen errichtet wird, wird von dem Bildhauer Paul Spornar geschaffen werden.

#### Beitrag: Wilhelm Georg.

(In Vertretung: Eugen Brinmann.)

Verantwortlich f. d. polit. Teil: J. B. Eugen Brinmann; für den sozialen Teil, für Vorkommnisse, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Reiner; Reuillon, Vermischtes usw.: Martin Reuillon; für den Feuilleton: Robert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. - Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Silvana-Wäber erregen in der Hygiene-Ausstellung - Halle 13 (Wäber) - fortgesetzt größtes Interesse. Tausende von Besuchern besichtigen die durch Silvana-Wäber erregte Erregung und Stärkung des erkrankten Organismus. Originalmalerei Nr. 3- für 12 Wäber (in den Serien Kiefernallee, Savelhof, Waldfrüher etc.) überall käuflich, andernfalls durch Fabrik Weg & Co., Dresden.

# Extra-Preise für Wasch-Kleiderstoffe.

Musselinette mit und ohne Bordüre, hell- und dunkelgründig	Meter 42 33 35 30 27	24 Pf.
Zephir-Leinen einfarbig u. gestreift, grosse Sortimente	Meter 65 52 48 42	28 Pf.
Crepon einfarbig und mit kleinen Mustern, vorzüglich in der Wäsche	Meter 65 58	45 Pf.
Foulardine mit Seidenglanz, grosse Farben- und Muster-Auswahl	Meter 95 85 75	65 Pf.

Kleider-Mull weiss, getupft u. bestickt, grosse Muster-Auswahl	Meter 1,10, 95, 75, 65, 55	37 Pf.
Weiss-Batist a jour für Kleider u. Schürzen geeignet	Meter 70 65 60 55 50 45	40 Pf.
Schweizer Stickereistoff weiss, per Fabrikate, grosse Musterauswahl	Meter 2,25 2,00 1,75 1,50	1 <sup>25</sup> M.
Woll-Mousseline hell-, mittel- und dunkelgründig, m. u. ohne Bordüre	Meter 1,10, 95, 85 85	75 Pf.

Kleider-Leinen f. Röcke u. Kostüme, grosse Farbauswahl	Meter 1,00 95 90	75 Pf.
Rips-Leinen in weiss und vielen modernen Farben	Meter 1,35 1,25 1,10	95 Pf.
Shantung-Leinen, Ersatz f. Baustoffe, hauptsächlich in eoru	Meter 1,35 1,25 1,15 1,05	90 Pf.
Kleider-Leinen mit Bordüre in neuen Farbentönen	Meter 1,35 1,25 1,10	95 Pf.

## Geschäftshaus J. LEWIN Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

